



Piratenpartei Graz
Radetzkystrasse 3/1
8010 Graz
0660/1830366

philip.pacanda@piratenpartei.at
steiermark.piratenpartei.at

Gemeinderat Philip Pacanda, BSc. MA.

Donnerstag 15. Mai 2014

Dringlicher Antrag

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats)

der Piraten und mit Unterstützung

Betrifft: Ablehnung von intransparenten Verhandlungen über TTIP

Heute am 15 Mai finden in vielen Städten Europas Proteste gegen das zur Zeit in Verhandlung befindliche Abkommen zwischen Europa und den USA TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) statt.¹

Seit 2013 wurden mehrere Verhandlungsrunden in Washington und Brüssel abgehalten. Die vierte Runde fand im März 2014 in Brüssel statt.

Das geplante Abkommen soll primär den gegenseitigen Marktzugang für Güter, Dienstleistungen, Investitionsvorhaben sowie die öffentliche Auftragsvergabe regeln. Über die zu erwartenden Effekte für die EU als Ganzes sowie Österreich herrscht in der Wissenschaft Uneinigkeit. Allgemein angenommen wird, dass das Abkommen weniger kleinen und mittelständischen Firmen, sondern vor allem global aufgestellten Konzernen nutzen würde.

Dieses Abkommen wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit und mit Beteiligung von Vertretern internationaler Konzerne zwischen EU-Kommission und US-Regierung verhandelt. Verbraucherschutz- oder Umweltverbände waren in dieser Phase stark unterrepräsentiert.

¹ https://mapsengine.google.com/map/edit?mid=z2_7kVjvOAF0.kJGmGBbsABbM

Durch ISDS (Investor-State-Dispute-Settlement) welches einen Teil von TTIP darstellt wäre es darüber hinaus sogar möglich, dass z.B. Amerikanische Firmen die Stadt Graz auf Schadenersatz verklagen könnten, sollten wir gewisse Standards, die über das was vereinbart wurde hinausgehen beibehalten wollen. Ähnlich wie die Beispiele aus Deutschland bei der Firma Vattenfall gezeigt haben^{2,3,4}.

Dies würde somit auch die Grazer Bürgerinnen und Bürger und den Wirtschaftsstandort Graz betreffen. Außerdem besteht die Gefahr, dass durch ISDS die Entscheidungsgewalt des Grazer Gemeinderates eingeschränkt wird (Etwa bei Maßnahmen zum Umweltschutz).

Auch von Seiten einiger Gewerkschaftsvertreter werden Befürchtungen geäußert: "Die Arbeitnehmervertreter fürchten einen Demokratieverlust, Privatisierungen und eine Beschneidung der Arbeiterrechte."⁵

Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats)

Der Grazer Gemeinderat fordert die österreichische Bundesregierung am Petitionsweg auf:

Sich auf allen politischen Ebenen für ein Ende der unter den jetzigen Bedingungen geführten Verhandlungen zum transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP einzusetzen.

Alle bisherigen Verhandlungsdokumente sowie sämtliche an den Verhandlungen involvierten Personen bzw. Unternehmen offenzulegen.

Keine Zustimmung zu diesem oder anderen Abkommen, das durch Investor-state dispute settlements (ISDS) die Möglichkeit demokratischer Entscheidungsgewalt stark einschränkt.

² <http://www.taz.de/1129849/>

³ <http://www.zeit.de/2014/10/investitionsschutz-schiedsgericht-icsid-schattenjustiz>

⁴

<http://www.greenpeace.org/austria/de/News/Aktuelle-Meldungen/Gentechnik-News/2014/TTIP-Hufigste-Fragen-zu-Investor-State-Dispute-Settlement-ISDS/>

⁵ <http://www.tt.com/home/8371055-91/kritik-an-freihandelsabkommen-ttip-eint-gewerkschaften-spö-und-bzö.csp>